

AGITATORKA VI - JAMBA

VI

Produktionsdemokratie

VI

PRODUKT-

IONS-

DEMOKRATIE

6. Jamba: Tržinecké Železárny - Arbeitsmittel zu erarbeiten mit allen verfügbaren Mikroelementen klassenlosen vergesellschaftens

Jamba beschreibt einen doppelten Schlag. Erst die Sozialisierung der Schwerindustrie, der Produktion für die Produktion, dann die Sozialisierung der Gesellschaft. Erst die Kontrolle über die im weltweiten Krieg ausser Rand und Band geratenen Tauschwerte der Investitionsmittelproduktion, dann die Entwicklung einer neuen gesellschaftlichen Produktion für sozial zu definierende Gebrauchswerte. Erst die Musik, dann die Hochzeit, erst die Macht des Stahls brechen, dann Kreidefressen. Keine Moral. Die Betonung liegt auf dem zweiten, der Anfang auf dem ersten Schlag, ein eingängiger Rhythmus. Einfach und deshalb schwer zu machen. In Tržinec steht seit dem 19. Jahrhundert ein Stahlwerk im Tal. Der Koks für die Hochöfen kommt aus den Steinkohlegruben des Karvina-Reviere. Das Eisenerz 1945 überwiegend aus den östlich gelegenen Slowakischen Guben. Die Deutschen Besatzungstruppen werden Ende April 1945 zum Abzug gezwungen, die Sowjetarmee und ihre tschechischen Hilfseinheiten sind noch nicht da. Die leitenden Ingenieure flohen mit den Deutschen Truppen. Die überwiegend polnischen und tschechischen ArbeiterInnen übernehmen die Kontrolle über Produktion und Verteilung. In Prag wird in diesem Frühsommer 1945 wie in Havanna zum Neubeginn 1959 eine gemischte Regierung gebildet. Darin besetzen KommunistInnen als maßgeblich beteiligte am allgemeinen bewaffneten Aufstand zur Befreiung von Produktion und Gesell-

schaft Schlüsselpositionen, geben aber wichtige Ressorts an das bürgerliche Lager ab. Ebenso wie in Cuba 1959 finden sich im Staatsapparat nun die Rebellen der 30er Jahre und ihre herausragendsten bourgeoisen GegnerInnen gemeinsam. Grau auf Cuba, Beneš in Prag. Über das Ringen zwischen ihnen kann das Militär und seine politische Polizei schwerlich entscheiden. Beide Seiten wissen, dass ihr treibender Widerspruch in der Produktion entschieden wird. Oder in geldwerten Notierungen ausgedrückt: entschieden wird anhand dessen wie sich mit den neuen Machtverhältnissen im Land die gewaltförmige internationale Arbeitsteilung verändern wird. Beide Seiten mobilisieren ihre Verbündeten im internationalen Handel, der Verteilung von Produktionsaufträgen alten Stils mit der Macht von Kaufkraft neuesten Stils. Beide Seiten mobilisieren ihre Verbündeten in der Produktion. Die bürgerlich ausgerichtete Staatsmaschine empfindet nach den Jahren der Verwüstungen durch Militärdiktatur eben die Kompromißlinien der 30er Jahre nach, die eine ArbeiterInnenbewegung mit zunehmendem Selbstvertrauen ihnen bereits abgerungen hatte. Diese Generation der ArbeiterInnenbewegung hat alle entscheidenden Punkte für eine neue Gesellschaft durchsetzen können: medizinische Versorgung, billiger Wohnraum, kollektives Essen, Kontrolle über den Produktionsalltag als Recht nicht als Ware. Als sie mit ihren bescheidenen Mitteln Ernst machen wollte wurde sie zur verlorenen Generation. Im Tschechischen waren ihre Errungenschaften – viel mehr noch als im cubanischen – formale Konstitutionsrechte für ArbeiterInnenräte. An den

Produktions- und Verteilungsknotenpunkten leben die Menschen, die den Krieg überlebt haben im Nachschock. Implodiert ist eine auf Privatbesitz an Produktionsmitteln gebaute Gewaltherrschaft. Dieses Zusammenbrechen fing anders an als das eines Kartenhauses. Objektiv sinnloser Opfermut hat den Anfang gemacht für eine Neugründung der Gesellschaft auf proletarisch-materialistischer Weltanschauung. Alle Gegner der Diktatur haben von Emphase einer national erlogenen Vision probiert und in Momenten an eine Klassenversöhnung geglaubt, die nach dem Excess gewaltförmiger Kapitalherrschaft eintreten sollte. Die größten Klassenkämpfer des Vor- und Nachkriegs waren im Untergrund die effektivsten Versöner für die Befreiung „der Nation“. Dass sie mit dieser Emphase scheitern werden wissen alle nüchtern beteiligten. Wie sie scheitern entscheidet sich jetzt, im Werk, bei der Befreiung des ArbeiterInnenalltags im Betrieb.

Er gedenke mit seinem Diener anzureisen, ließ der Konzerndirektor der Göringwerke wissen, entsprechendes Quartier sei im Werkshotel zu reservieren. Nach dem unerwartbaren Frühjahr 1945 ist das Werkshotel nun ein Haus des Betriebsrats. Nach der Flucht der Diener Görings gibt es weit und breit keine Dienerschaft mehr, wenngleich die Versorgungsrationen für leitende Angestellte Grapefruit-juice und ham and eggs, insgesamt ein 5 mal teureres Frühstück als für bloße Stahlkocher aus der Betriebskasse finanzieren. Es ist schick, im nachkriegtschechischen einen Briefpartner in Hannover oder Hull, besser noch in Amerika zu haben,

beschreibt der Provokateur der 30er Jahre Svato-
topluk. Im Präsidium kreisen die Geier liberal. Anders in den ArbeiterInnenräten. Der Gesamtbetriebsrat ist aus Delegierten konstituiert, die aus ihrer Arbeitspraxis und der Ihrer KollegInnen heraus sprechen. In dessen Versammlung wird genau unterschieden zwischen soudruh, wörtlich Mitfreund, Genosse, gewerkschaftlicher Kollege und den Herren, panie-. Mitglieder der neuen Betriebsleitung sind keine Kollegen, einer von ihnen kann als Vertreter des entgegengesetzten Lagers anwesend sein. Axel lässt sich noch am 15. Mai 45 per Akklamation befördern. Er gibt sich nun als U-Boot in der Betriebsleitung der Nazis aus. Man braucht ihn. Als die Betriebsleitungsangestellten ihre Rentenansprüche zu ihrem eigenen Vorteil ordnen konnten schickten sie einen Schleimbrieff der Danksagung an die Nazipartei in Prag, in dem sie ihr privates Vorteil und das völkische Vordringen zu den Fleischtöpfen Europas und der Welt mit Rüstungstechnik aus Stahl ihres Konzerns sinnfällig zu verschmelzen wußten in der überloyalen Grußform. Für Axel unterschrieben seine später in Panik geflohenen Mitkollaboranten als „abwesend im Urlaub“. Als der Prager Sitz dieser Edelangestellten ans zentrale Stahlwerk des Konzerns nach T+ec+in verlegt werden sollte war ihr korporatistisch versiertes Handeln weniger erfolgreich. Immerhin konnten sie die Umsiedlung unter den Nazibossen herauszögern. Im Mai 1945 sitzen sie immer noch fern der dreckigen, heißen Arbeit in hauptstädtischer Versorgung. Auch sie wählen Betriebsräte. Allerdings erst als ein entsprechendes Gesetz der

Kompromißregierung dem revolutionären Vorgang eine bürgerlich-rechtliche Form garantiert. Was Lenin und Che Guevara zum Leitmotiv ihrer nachrevolutionären Arbeit machten, dass die technischen Spezialisten in die Emanzipation der ihr feindlichen ArbeiterInnenklasse eingebunden werden müssen, ist im tschechischen peinlich genau präsent. So kam auch die nationale Unabhängigkeit von 1918 über einen allgemeinen proletarischen Aufstand in bürgerliches Fahrwasser. Wichtig ist also: wie werden sie eingebunden und zu welchem Preis. Hinter dieser Form geht nun Klassenkampf auch in die Chefetagen ein, unter anderem auf dem Weg der Gremienarbeit. Bereits im Wahlaufuf für das isolierte hauptstädtische Leitungsquartier des Stahlriesen werden Leitungspersonen ausdrücklich und mit Hinweis auf die bürgerliche Gesetzesformulierung vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. An Mittelspersonen aber fehlt es der wirtschaftliche leitenden Klasse nicht. So ist denn der Betriebsrat am Standort Prag in den Folgejahren mit korporativ formulierten Partikularinteressen sondergleichen befasst: zu verhindern, dass die Angestellten mit den ArbeiterInnen zusammen fern der Hauptstadt leben müssen. Schon um Gehaltsbeschränkungen für SpezialistInnen durchzusetzen muß bald schon auf das Mittel des Minderheitenvotums zurückgegriffen werden (Zusatz im Protokoll: wir wissen um die Qualifizierungslücken der Person und können die neue Gehaltseinstufung persönlich nicht verantworten). Wer sollte diesen Teilbetriebsrat im Zaum halten? Hier sind privilegierte Minderheiten schon vertraut

für ihre Privatinteressen Mehrheiten in Gremienprozessen zu organisieren, während ArbeiterInnen erst lernen, ~~überhaupt erst~~ eine legale Betriebszeitung zu formulieren. Die einzige Stelle, die dazu fähig ist, den Wölfen im Schafspelz zumindest die Wolle abzunehmen, wäre der Gesamtbetriebsrat des Konzerns. Er konstituiert sich und entwickelt ausgesprochen präzise wirtschaftspolitische Vorstellungen von einer Zukunft als ArbeiterInnensozialismus. Zu diesem Zeitpunkt gibt es weder ein Gesetz, noch eine Vertretung der LeitungsarbeiterInnen **noch** überhaupt für das größte Stahlwerk des zu erkämpfenden Konzerns in **T+r+inec**. Dieser auf Zuwachs bauende ArbeiterInnenrat macht überhaupt erst den Druck, das Gesetz über sein Mandat zu verabschieden, die Wahlen am Prager Standort überhaupt erst auszuschreiben, mit der Wiedereinsetzung aufgrund von Akklamation der 2. Garde zu brechen. Grundlage und Ergebnis ihrer Arbeit ist eine große Zustimmung. 90% der StahlarbeiterInnen von **T+r+inec** werden im Laufe des Prozesses erklärte revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder, 40% sogar Mitglieder der kommunistischen Partei. Von solchen formalen Organisationsraten kann sowohl die russische Entwicklung wie die cubanische nicht mal träumen. Ihre erklärten Teilhaber halten sich eher im Promille als im Prozentbereich von Gesamtbelegschaften. Den Anfang mit der versuchsweisen Räteregierung in der komplexen Produktion der Region machen wie bei den Hungeraufständen 1915-1918 nicht die Stahl- sondern die Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter von Ostrava-Karvina. Sie sind Teil der Stahl-

produktion, die liefern den entscheidenden Grundstoff, den Energieträger. Auch wenn eine Minderheit der Bergarbeiterinnen formal von den Gruben entlohnt wird, die geschundenen Körper aus Untertage oben zu waschen, aufzupäppeln, wieder runterzuschicken, ihr nichtmehrwiederkommen nach Unfällen auszuhalten ist auch Bergarbeit. In den Militärpolizeiprotokollen der österreichischen Aufstandsbekämpfung um Karvina 1917 waren die Bergarbeiterfrauen genauso Repressionsobjekte wie sie jetzt 1945 Subjekte der Forderungen ihrer Klasse werden. Auch ihr Gesamtbetriebsrat ist unter Regie der Verhandlungsleitung bloß eine Arena der korporatistischen Aushandlung. Arbeitsleistung gegen Gutwetter. Zwei Bergarbeiterdelegierte fragen nach: warum wird die Kohlezuteilung an die Kohlehauer selber verringert, warum sollen die Bergarbeiterwitwen nicht mehr gleich beliefert werden? Der Verhandlungsleiter Fischer gibt zu bedenken, dass die Deutschen bei der Übernahme des Reviers laufende Produktion in die Hand bekommen, nicht die Kriegsfolgen, die sie dann hinterließen. Deshalb konnten sie den Deutschen auch mehr klassenübergreifende Zugeständnisse machen als wir es jetzt den damals benachteiligten machen können. Wir sprechen als Grubenarbeiter, stellen die beiden klar, die den Frieden der Verhandlung erneut stören. Wir haben 1944 keine Prämien und keine Kohlenzuteilung bekommen, womit sollten wir jetzt die Zurückstufung auffangen. In der Diskussion werden mögliche Teilungen versuchsweise ausprobiert. Zwischen nichtdeutschen und Deutschen, zwischen Polen und Tschechen der

Region, ja sogar zwischen Übertage- und Untertagearbeitern. Am Ende geht in die Beschlußfassung ein Klassenstandpunkt ein, der als einzubestehende geTeilung die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel benennt und ihre sofortige Aufhebung anhand ihrer Vision für das Revier formuliert. Sofortige Enteignung der Schlüsselindustrie, fordert der Gesamtbetriebsrat eines durch sie zusammenzunteignenden Betriebsganzen. Die Diskussion ob Ausländer, aber nicht Deutsche zu entschädigen wären ist damit vom Tisch: entschädigungslose Enteignung aller Besitzenden. Das sowjetische Vorbild zeige die Möglichkeiten vertikaler Integration, regt der Verhandlungsleiter mit Erfolg an. Verhandlungsleiter werden zu diesem Zeitpunkt gewählt, nicht in undurchsichtigen Vorgremien eingesetzt wie im Sozialforumsprozess 2010. Also fordert der Betriebsrat die vertikale Integration, die GrubenarbeiterInnen kooptieren damit die StahlarbeiterInnen in ihren Gesamtbetriebsrat. Gleichzeitig fordert der Rat eine Gesamtlösung für den regionalen Verbund des Industriereviers. Dazu gehört neben dem Stahlwerk in T+rinec auch das in Vitkovic und seine eigene, historisch bedingte vertikale Integration, eigene Eisenerzgruben im slowakischen, eigene Walzstraßen und Absatzwege. Neben der vertikalen wird also auch die horizontale Integration der Wirtschaftsregion forciert. Diese Vorstellungen, entwickelt im Gesamtbetriebsrat vom Juni 1945, gelingt in den Folgemonaten. Es ist die Zeit der Offensive, wie im Frühjahr 1917 in Rußland, im Cubanischen Interregnum 1959: die weltpolitischen Alliierten von gestern sind noch

nicht die erklärten Feinde, zu denen sie sich morgen wandeln. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion ist den Erklärungen zum gemeinsamen guten Willen verpflichtet. Diese Zeit wird enden. Es wird hart auf hart kommen. Der revolutionäre Betriebsrat wird polarisieren, ausschliessen, taktieren und gegenüber der Direktion an Terrain verlieren: wieviel, unter welchen dauerhaften sozialen Rechten für die ArbeiterInnenenschaft entscheidet sich in diesen ersten Zügen. Der Rat appelliert: vermischt die Rätefunktionen nicht mit der Betriebsleitung (nur so bleibt das Rätewesen ein Organ der ArbeiterInnenklasse). Eine Betriebsratszeitung funktioniert bereits. Aber sie braucht einen ArbeiterInnendelegierten in der Redaktionsleitung. Wie selbstverständlich geht der Rat davon aus, dass die Kosten für das kostenlos in den Belegschaften verteilte Organ vom Konzernetat getragen werden müssen. Später bekommt diese Stelle im Protokoll vom Juni 1945 dicke, handschriftliche Fragezeichen. An diesem Punkt zeigt sich die Zwickmühle der Kontrolle durch die ArbeiterInnenklasse in der Personalfrage. Es soll eine Vertreterin/ein Vertreter aus der Arbeiterschaft sein. Aber zwei mögliche Wunschkandidaten weigern sich, aus dem Kreis ihrer Kumpel in die entstehende Gewerkschaftsverwaltung gepflanscht zu werden, so der Ausdruck als in einem Nebensatz die Sozialversicherungsverhältnisse geklärt werden. Wir haben zu wichtige Aufgaben in unserem betrieblichen ArbeiterInnenrat, sagen die meisten ab. Am Ende lässt sich einer breitschlagen, widerwillig. In der entstehenden Sowjetunion, auf Cuba waren auf diese Weise die

aktiven ArbeiterInnen schnell aus dem Betriebsalltag herausdelegiert. Viele von ihnen starben auf den Fronten des entstehenden Bürgerkriegs in Russland. Im tschechischen findet der Bürgerkrieg nun in der Produktion selber statt, eine Errungenschaft der reifen örtlichen ArbeiterInnenbewegung an fast allen Betriebsstandorten. Die erfahrenen Kollegen wollen in den Auseinandersetzungen dieser Front nicht fehlen.

Einen Schritt zurück. Wo war die Auseinandersetzung in den Tagen als alles noch auf der Kippe stand?

In der Folgesitzung schon kommt der Arbeiterdelegierte für die Gesamtbetriebsratszeitung wieder zurück. Er fühle sich nicht qualifiziert genug. Viele andere Kandidaturen werden durchesprochen. Durchweg weichen die ArbeiterInnen von dem Angebot zurück mit der wiederholten Begründung, sie fühlten sich nicht qualifiziert genug. Vereinzelt wirkt die kulturelle Klassenbarriere zur schriftlichen Vollzeitarbeit noch. In der kollektiven Konfrontation aber sind die tradierten Fronten bereits durch einen neuen, Arbeitsplatzübergreifenden Gerechtigkeitsanspruch in Bewegung gekommen. Das zeigt die Folgesitzung.

In der ersten gemeinsamen Sitzung vom August, in der die Stahlbetriebe neben den Grubenbelegschaften vertreten sind, bekommen die Vertreter des Stahlwerks Tr+inec wichtige Posten im Gesamtbetriebsrat aber nicht den Vorsitz. Der neue Ge-

samtbetriebsrat mit Gruben- und Hüttenvertretern entscheidet über die Verwalter der enteigneten Betriebe. Sämtliche Personalentscheidungen im Rat und in der ihm rechenschaftspflichtigen Verwaltung fallen ausnahmslos einstimmig. Einen Begriff von Klassenkampf gegen diese korporatistische Idylle der stunde Null bringt charakteristischerweise nicht der neue Großbetrieb im Rat, sondern der Delegierte eines kleineren weiterverarbeitenden Betriebs ein. Die Konzernleitung in Prag habe für sich in einer Abstimmung den „englischen Samstag“ beschlossen. Auch ihre Telefonzentrale macht am Samstag jetzt einfach dicht. Für „uns Arbeiter ist das ein regulärer Arbeitstag“. Wenn aus der Produktion eine laufende Frage kommt, kriegen wir aus Prag keine Antwort. Die Diskussion daraufhin ist wesentlich länger und lebhafter als die vorangegangenen Personalentscheidungen. Angestellte und Arbeiter sollen gleichviel arbeiten, das heißt einheitlich 48 und nicht nur 40 Bürostunden. Auch die Prager Mittagspause und ihr früher Büroschluß an Wochentagen sind für die Belegschaften in der Produktion ein Ärgernis. Auch in dieser Frage wird Einhelligkeit erreicht, aber diesmal nicht entlang der vorgeschlagenen und vorgeplanten Linien, sondern aufgrund einer Provokation gegen den korporatistischen Hierarchiebegriff.

Gottes Gelingen!

Dem zweijahresplan Gelingen!

Ein bürgerlich geprägter Zweijahresplan

ZA (Oppava) - BHTŽ, K. Nr. 74 - EVD. 595, 1-5

Aufzeichnung

Über die Wahl Die Wahl eines neuen Betriebsrats am 10. April 1947 um 15:00 Uhr im Saal des Volkshauses in Třinec_

Anwesend: Sekretär des Bezirksrats der Gewerkschaften, Kollege Veselý, Sekretär des Kreisrats der Gewerkschaft, Kollege Kotarba, Vorsitzender der Ortsgruppe ROH (revolutionärer Gewerkschaftsverband), Kollege Nemecek, Sekretär der Ortsgruppe ROH, Kollege Rebecca, Sozialpolitischer Referent des Stahlwerks, Kollege Uhlář und die Angestellten- und Arbeiterschaft des Werks mit ca. 400 Personen

Kollege Něčmeček begrüßte die Vertreter der Bezirks- und Kreisräte der Gewerkschaften, die Kollegen Veselý und Kotarba und eröffnet die Sitzung. Er legte einen kurzen Bericht ab über das Ergebnis der Wahlen zum Betriebsrat, die nicht durchkam, weil die erforderliche Anzahl von Stimmen (80%) nicht erreicht wurde.

In diesem Fall tritt laut Richtlinien ein Ersatzkollegium die Funktion des Betriebsrats an, das auf der heutigen Versammlung ernannt werden soll. ~~zur Bestätigung~~ durch den Bezirksrat der Gewerkschaften. Spätestens nach einem Monat kommt es dann zu Neuwahlen zum Betriebsrat.

Kollege Němeček gab dann das Wort an Kollege Veselý weiter.

Kollege Veselý machte zum Anfang seiner Rede darauf aufmerksam, dass sowjetische Gewerkschaftler in unserem Werk in Třžinec zu Besuch sind, mit denen uns ein gemeinsamer Weg und ein gemeinsames Ziel verbindet: ein besseres und glücklicheres Leben zu erarbeiten.

Dann sagte er ein paar Worte über die aktuelle Lage: Unsere Republik ist eine sozialisierende Republik. Jeder Schritt, den wir machen, soll zum Ziel haben, sozialistisches Denken realisierbarer zu machen damit in angemessener Frist aber so schnell wie möglich die neue, sozialistische Gesellschaft eröffnet werden kann. Dass wir politisch einen neuen Weg eingeschlagen haben macht sich auch im Wirtschaftlichen bemerkbar. Es begann mit der Übertragung der Industrie in Volkshand und die nächste Etappe ist der Zweijahresplan. Der gelungene Start und die Ergebnisse, die in vielen Fällen unsere Erwartungen übertroffen haben machen Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluß. Jetzt hängt von uns ab - den arbeitenden Menschen – dass wir uns als gewerkschaftliche Einheit verhalten, dass wir eine positive Haltung gegenüber den neuen Aufgaben und es dazu bringen, die Früchte unserer Arbeit zu sehen.

Kollege Veselý informierte die Anwesenden über die Bedeutung der Betriebsräte und die Art und Weise der Wahl. Dann stellte er fest, dass die Listenkandidatur nur in wenigen Fällen gescheitert ist und

überall dort durchkam, wo keine hinterhältigen Einflüsse wirksam wurden, schon gar nicht politische oder persönliche Wut. [damit ist die Erklärung der Gewerkschaftsbürokratie für das Wahlfiasko im Stahlwerk klar ausgesprochen – über die Negation der Negation]. So sind zum Beispiel in Böhmen und Mähren 74% im Slowakischen 78% der Wahlen zu Betriebsratslisten erfolgreich gewesen. In den Wahlen müssen wir uns leiten lassen von der Losung „Auf die kandidatenliste nur die Besten der Besten“. Dann kam er zur Frage des Ersatzgremiums. Das Ersatzgremium tritt an für den Fall, dass die 2. Wahlen zum Betriebsrat nicht durchkommen. ...
In Trinec, am 11. April 1947

_____zavodna rada
Generell nicht mit Betriebsrat übersetzen, weil es ArbeiterInnenräte sind? Besser klarstellen

her zkmsh,
intermittent
1 roller

Martin Krämer Liehn. 2011[Vorentwurf 2010].
Produktionsdemokrate, Třžinecké Železarní Arbeitsmittel zu erarbeiten mit allen verfügbaren
Mikroelementen klassenlosen Vergesellschaftens.
Augsburg, Novosibirsk: Assoziation ArbeiterInnen-
geschichte, 64 S. 24 x 12 cm, ISBN 83-88353-44-6.

(= jamba:, Buch VI von XII, in: Martin Krämer Liehn
(Hrsg.). 2011. Agitatorika, radikal demokratisieren
im täglichen Klassenkampf - eine militante Unter-
suchung in Betrieben der russischen, tschechischen
und cubanischen Sozialrevolution. Augsburg, No-
vosibirsk: Assoziation ArbeiterInnen-geschichte, 12
Bücher im Schuber, 24 x 12 x 6 cm,
ISBN 83-88353-39-X).

vielleicht hat es so günstige Bedingungen für ArbeiterInnenkontrolle gegeben wie 1945-1949 im tschechischen Montanbereich. Die Grubenbe-

einem Kom-

legt-
schaf-
ten um
Ostrava initiieren, ihre betriebliche Kontrolle in
betriebsbetriebsrat zu erweitern. Wo die Kontrolle über
binatsrepublik und betriebliche Sozialpolitik gelingt
Produktion und zunehmend auf Grenzfür ihre
treffen die Räte zunehmend auf Grenzfür ihre
frisch erstrittenen Handlungsfreiheit. Auch
im Rückzug setzen sie gesellschaftliche
Maßstäbe für kommende
Entwicklungen.

Teil VI von XII eines
linken Buchprojekts.

Produktionsdemokratie